

Bundesarbeits-  
gemeinschaft der  
Seniorenorganisationen

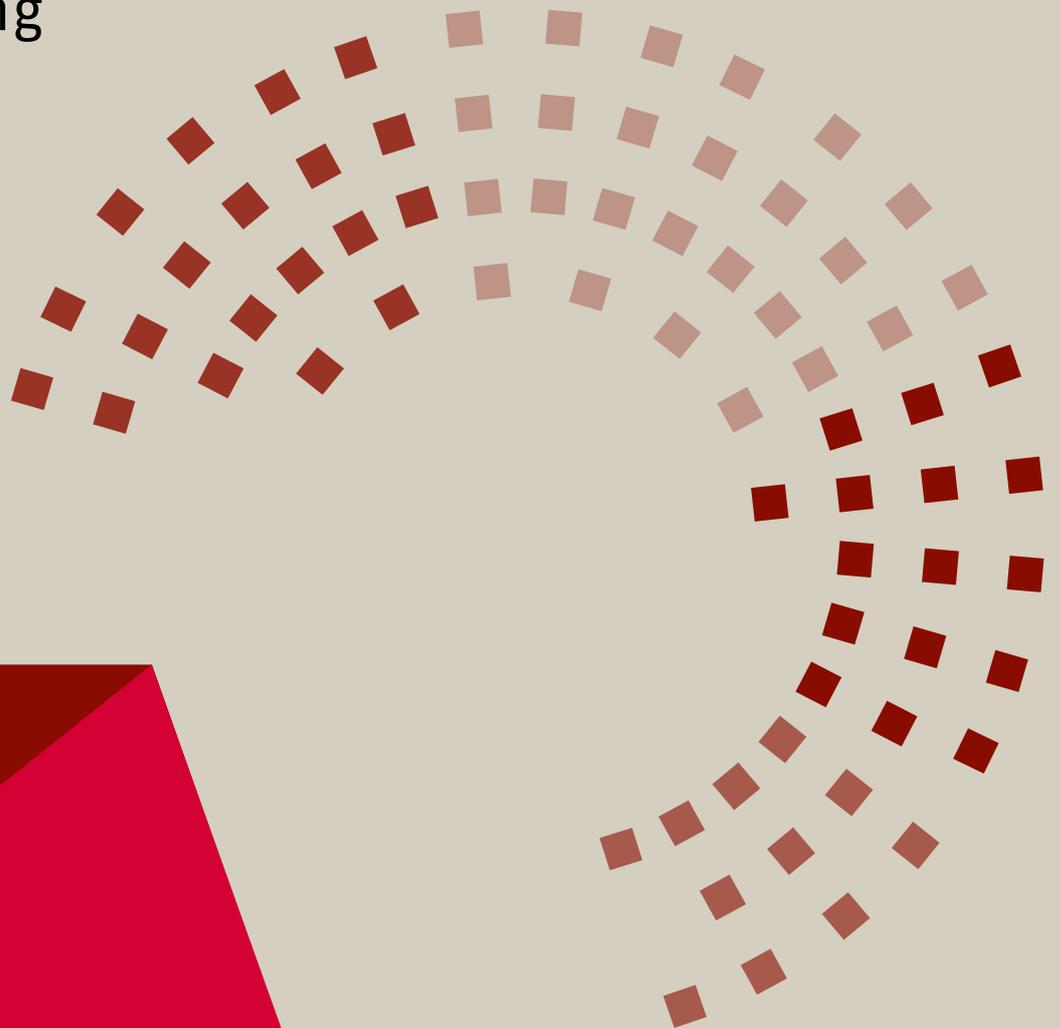


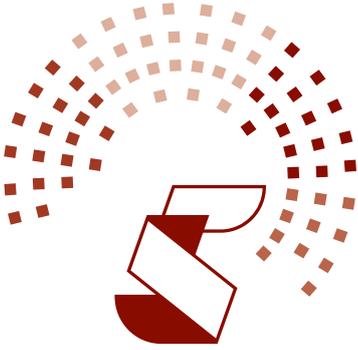
bagso

# Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021

## Antworten der Parteien

Kurzfassung





## Einleitung

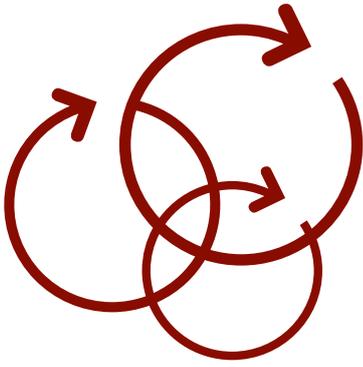
Demografische und gesellschaftliche Entwicklungen verändern die Lebensweisen und -bedingungen in Deutschland tiefgreifend. Das bereits vorhandene regionale Ungleichgewicht wird dadurch weiter verstärkt. Deutschland ist durch Vielfalt gekennzeichnet. Mehr als jede und jeder Fünfte hat eine Zuwanderungsgeschichte. Die fortschreitende Globalisierung und technologische Entwicklungen werden den Wandel zusätzlich beschleunigen. Die Digitalisierung von Arbeit und Alltag, die wachsenden ökologischen und sozialen Herausforderungen, sowie die Attacken, die sich weltweit und auch in Deutschland gegen eine offene Gesellschaft, Multilateralismus und Demokratie richten, betreffen alle Generationen – auch die Älteren und Alten.

Insgesamt ist unser Land leistungsfähig und die Menschen im Land dürfen zuversichtlich sein. Doch die Aufgaben, die in den kommenden Jahren anstehen, sind mehr als

Routine. Hinzu kommt, dass der Verlauf und die Konsequenzen der Corona-Pandemie zusätzliche Belastungen mit sich bringen, für alle Generationen. Doch gemeinsam können wir es schaffen. Die Älteren und Alten werden ihren Teil zur Bewältigung der zukünftigen Herausforderung beitragen. Wichtig ist allerdings auch, die richtigen Lehren aus den Pandemie-Erfahrungen zu ziehen. Die Bundespolitik ist dabei nicht für alles und nicht allein verantwortlich, aber doch von großer Bedeutung.

In ihren Wahlprüfsteinen hat die BAGSO gemeinsam mit ihren Mitgliedsverbänden Fragen an diejenigen im Bundestag vertretenen Parteien gestellt, die unser Verständnis von einer solidarischen und vielfältigen Gesellschaft als Grundlage unserer Demokratie teilen, wie es in den Leitsätzen der BAGSO formuliert ist. Im Zentrum stehen Fragen, die die speziellen Interessenlagen älterer Menschen berühren.

Aus den Antworten der Parteien haben wir in dieser Kurzfassung die zentralen Aussagen zu den wichtigen Politikfeldern der Seniorenpolitik zusammengestellt. Alle Fragen sowie die vollständigen Antworten der befragten Parteien stehen auf [www.bagso.de](http://www.bagso.de) in einer Langfassung zum Download zur Verfügung.



## 1. Stellenwert und Struktur der Seniorenpolitik

Begleitet u.a. von den Altenberichten der Bundesregierung wird seit Langem darüber diskutiert, wie ein gesundes, aktives und engagiertes Älterwerden gefördert und eine selbstständige Lebensführung möglichst lange erhalten werden kann. Notwendig dafür sind eine verbindliche seniorenpolitische Strategie, die Bereitstellung ausreichender Mittel zu ihrer Umsetzung und die langfristige Sicherung wirksamer Strukturen.

### Fragen an die Parteien

- Inwieweit wird sich Ihre Partei im Sinne der Empfehlungen des Siebten Altenberichts der Bundesregierung für eine moderne, zukunftsfähige und verlässlich finanzierte Seniorenpolitik einsetzen und wie soll die Handlungsfähigkeit von Kommunen sichergestellt werden?
- Welche weiteren Maßnahmen sind aus Sicht Ihrer Partei geboten, um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Landesteilen gerade mit Blick auf ältere Menschen sicherzustellen?

### Kurzgefasste Antworten der Parteien

Bei der Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland auch für ältere Menschen misst die **CDU/CSU** den Kommunen eine „tragende Rolle“ bei. Bedarfsgerechte Sozialräume und stabile Sorgestrukturen können durch eine bessere Koordination, Kooperationen und Vernetzung geschaffen werden.

Die **SPD** will „besonders hoch verschuldeten Kommunen“ einmalig Altschulden abnehmen. Um ihren Sicherstellungsauftrag zum Beispiel in der Pflege zu gewährleisten, sollen Kommunen intensiver in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Die SPD will ein Bundesprogramm Barrierefreiheit auflegen. Mittel von Bund und Ländern sollen durch die Einführung von Sozialkriterien da ankommen, wo sie am dringendsten nötig sind.

Die **FDP** fordert, Bedürfnisse des ländlichen Raums durch entsprechende Programme besser zu berücksichtigen, Grenzen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung ab-



zubauen und umfassende Barrierefreiheit im öffentlichen Raum herzustellen. Die Handlungsfähigkeit der Kommunen soll durch die Verankerung des Konnexitätsprinzips im Grundgesetz gestärkt werden.

**DIE LINKE** will gesundheitliche und pflegerische Versorgung zur Pflichtaufgabe der Kommunen machen und sie dazu auch finanziell in die Lage versetzen, wobei die Pflegeversicherung die Kosten tragen soll.

**Bündnis 90/Die Grünen** will Kommunen mehr Möglichkeiten geben, Prävention und Pflege vor Ort zu planen, zu steuern und zu gestalten.

**Alle Parteien** sprechen sich dafür aus, vor allem in ländlichen Regionen und Pflegeheimen einen besseren Zugang zu öffentlichem Nahverkehr und zu schnellem Internet zu ermöglichen.

### Frage an die Parteien

■ Wie werden Sie sicherstellen, dass die für die Seniorenpolitik zur Verfügung stehenden Mittel für die originären Ziele des Bundesaltensplans, insbesondere für die seniorenpolitische Verbands- und Organisationsförderung, verwendet werden?

### Kurzgefasste Antworten der Parteien

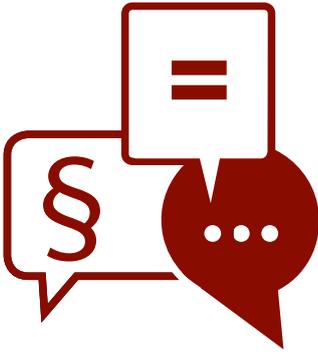
Zur weiteren Entwicklung des Bundesaltensplans äußert die **CDU/CSU**, dass sie dessen allgemeine Ziele teilt. Eine konkrete Maßnahme zur Sicherstellung der im Bundesaltensplan vorgegebenen Verwendung der Mittel wird nicht genannt.

Die **SPD** hält den geltenden Kontrollmechanismus der Mittelverwendung für ausreichend.

Die **FDP** setzt sich für eine verlässlich finanzierte Altenpolitik ein, die systematisch fortgeschrieben wird und sich an sich verändernden Altersbildern orientiert.

**DIE LINKE** befürwortet die Weiterentwicklung des Bundesaltensplans und will durch genaue Prüfung der Mittelvergabe sicherstellen, dass die Mittel dort ankommen, wo sie benötigt werden. Kommunale aufsuchende Angebote für ältere Menschen und gemeinschaftliche Begegnungsorte sollen öffentlich gefördert werden. Es soll ein eigenständiges Bundesteilhabegesetz für Seniorinnen und Senioren auf den Weg gebracht werden.

**Bündnis 90/Die Grünen** will bei der Weiterentwicklung des Bundesaltensplans neben der Finanzierung auch die Ziele auf den Prüfstand stellen. Vertretungsstrukturen sollen professionalisiert und Mitspracherechte in Gremien neu geschaffen werden, z. B. im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA).



## 2. Rechte älterer Menschen

Die meisten älteren Menschen leben selbstständig und bringen ihre Kompetenzen in unterschiedlicher Art und Weise in die Gesellschaft ein. Die BAGSO wendet sich gegen die Vorstellung, man könne bestimmte Aufgaben nur bis zu einem gewissen Alter übernehmen. Es gibt aber auch Lebensphasen, meist am Ende des Lebens, in denen Menschen stärker auf Hilfe und Unterstützung anderer angewiesen sind. Vor allem für dieses verletzliche Alter braucht es einen angemessenen rechtlichen Schutz.

### Frage an die Parteien

- Wie stehen Sie zu einer Aufnahme des Merkmals „Lebensalter“ in Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 des Grundgesetzes und zu einer Erweiterung des Schutzes vor Altersdiskriminierung im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) für den Bereich von Privatgeschäften (z. B. Kfz-Versicherungen, Darlehensvergabe)?

### Kurzgefasste Antworten der Parteien

Zur Aufnahme des Merkmals „Lebensalter“ ins Grundgesetz (GG) und zu einer Erweiterung des Schutzes vor Altersdiskriminierung äußert sich die **CDU/CSU**: „Die Aufnahme des Merkmals Lebensalter in das Grundgesetz liefe dem grundgesetzlichen Konzept eines umfassenden Grundrechtsschutzes zuwider.“

Die **SPD** unterstützt die verfassungsmäßige Verankerung des Diskriminierungsverbots, steht aber einer Anpassung des AGG „skeptisch“ gegenüber, da das Merkmal Alter darin bereits jetzt geschützt werde.

Laut **FDP** werde der Schutz vor Altersdiskriminierung bereits durch europäisches und auch nationales Recht gewährleistet. Diskriminierende Altersgrenzen sollen jedoch abgeschafft werden.

**DIE LINKE** will Artikel 3 GG um die Merkmale „Lebensalter“ und „sexuelle Orientierung“ erweitern.



**Bündnis 90/Die Grünen** will das AGG zu einem „echten Bundesantidiskriminierungsgesetz“ weiterentwickeln und Diskriminierung aus allen im Gesetz genannten Gründen, auch wegen Alters, im ganzen Bereich von Privatgeschäften verbieten. Einer Erweiterung der speziellen Diskriminierungsverbote um das Verbot der Altersdiskriminierung bedürfte es angesichts des allgemeinen Gleichheitssatzes in Art. 3 Abs. 1 GG auf der Ebene des Grundgesetzes dagegen nicht.

### Frage an die Parteien

- Unterstützt Ihre Partei die Forderung nach einer UN-Altenrechtskonvention und wie setzt sie sich darüber hinaus dafür ein, die Menschenrechte Älterer weltweit zu stärken?

### Kurzgefasste Antworten der Parteien

Alle Parteien befürworten einen besseren weltweiten Schutz der Menschenrechte Älterer. Die **SPD** unterstützt dazu den Vorschlag Argentiniens, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die konkrete Maßnahmen ausarbeitet, um Lücken im Menschenrechtsschutz Älterer zu schließen. **FDP, DIE LINKE** und **Bündnis 90/Die Grünen** unterstützen explizit den Vorschlag einer UN-Altenrechtskonvention.

### Frage an die Parteien

- Gewalt in Pflegebeziehungen ist ein tabuisiertes und wenig erforschtes Thema. Fachleute fordern daher neben Beratungs- und Entlastungsangeboten auch präventive Interventionsmöglichkeiten von Behörden und Gerichten. Was plant Ihre Partei zum Schutz von Menschen in verletzlichen Lebenssituationen?

### Kurzgefasste Antworten der Parteien

Zum Schutz des verletzlichen Alters in der Pflege setzen die Parteien auf bekannte Vorschläge: Neben der Verbesserung der Rahmenbedingungen der Pflege setzt die **CDU/CSU** in der Prävention auf eine verbesserte Aus- und Weiterbildung von Polizei und Justiz sowie auf eine vielfältige Verbesserung des Opferschutzes.

Die **SPD** will bessere Gewaltprävention in Ausbildung und Praxis der Pflege, während **FDP, DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen** auf eine bessere Personal- und Sachausstattung, Einführung einer verbindlichen Personalbemessung sowie gute Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte setzen.

In einer öffentlichen Debatte will **DIE LINKE** zwischen verhältnisbedingten und verhaltensbezogenen Gewaltursachen unterscheiden, mehr in Entlastungs- und Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige investieren und „mensenrechtliche Maßstäbe“ stärker verankern.



### 3. Alterssicherung

Auch im Fall des Ausbaus und der Weiterentwicklung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge müssen sich die Rentnerinnen und Rentner auf die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung (GRV) verlassen können. Deshalb kommt aus Sicht der BAGSO der Stabilität und Sicherung der GRV auch für die künftigen Generationen eine wachsende Bedeutung zu.

#### Frage an die Parteien

- Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um Altersarmut zu bekämpfen?

#### Kurzgefasste Antworten der Parteien

Zur Bekämpfung von Altersarmut will die **CDU/CSU** die Rente „nachhaltig, sicher und solide“ finanzieren. Soziale Angebote sollen besser miteinander verbunden, Hilfen aus einer Hand angeboten werden, verdeckte Altersarmut bekämpft und Bezieherinnen und Bezieher staatlicher Transferleistungen in ihrem Wohneigentum verbleiben können.

Gesetzliche Regelungen zu Vermögen und Schonvermögen sollen so angepasst werden, dass eine „angemessene Notlagenreserve“ behalten werden kann.

Die **SPD** spricht sich für „stabile und auskömmliche“ Renten aus und will dies auch durch die „Übernahme der Pflegekosten durch die neue Pflegevollversicherung“ erreichen.

Die **FDP** will eine Basis-Rente und einen Freibetrag bei der Grundsicherung im Alter für Einkünfte aus der gesetzlichen Rentenversicherung einführen. Beantragung und Auszahlung der Basis-Rente sollen unter dem Dach der Rentenversicherung zusammengeführt werden.

**DIE LINKE** will das Rentenniveau von heute 48 auf 53 Prozent anheben und den erarbeiteten Lebensstandard wieder sichern. Sie setzt sich für eine „Solidarische Mindestrente“ von 1.200 Euro (netto) ein, die mit einem höheren Bundeszuschuss finanziert werden soll. Zeiten der Pflege von Angehörigen sollen höher bewertet werden.



**Bündnis 90/Die Grünen** beabsichtigt, die Grundrente zu einer „Grünen Garantierente“ weiterzuentwickeln und einen arbeitgeberfinanzierten Mindestrentenbeitrag für Geringverdienende einzuführen. Auch sie sollen eine Rente oberhalb der Grundsicherung beziehen können.

### Frage an die Parteien

- Wie können flexiblere Lebensarbeitszeitmodelle entstehen, ohne das soziale Ungleichgewicht in der Alterssicherung zu vergrößern?

### Kurzgefasste Antworten der Parteien

Die Frage nach flexibleren Lebensarbeitszeitmodellen beantworten die Parteien zurückhaltend.

Die **CDU/CSU** bekennt sich zur Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre bis 2030.

Für die **SPD** bleibt es bei 67 Jahren, sie spricht sich explizit gegen eine weitere Anhebung der Altersgrenze aus.

Die **FDP** plädiert für Lebensarbeitszeitmodelle und einen „flexiblen Renteneintritt“, bei dem das Renteneintrittsalter nach schwedischem Vorbild flexibilisiert werden soll.

**DIE LINKE** lehnt eine weitere Anhebung der Regelaltersgrenze bzw. deren automatische Koppelung an die durchschnittliche Lebenserwartung entschieden ab und setzt sich für einen abschlagsfreien Renteneintritt spätestens ab 65 Jahren ein, bei Nachweis von 40 Beitragsjahren bereits ab dem vollendeten 60. Lebensjahr.

**Bündnis 90/Die Grünen** will am Renteneintrittsalter mit 67 festhalten, aber die Arbeitsbedingungen für ein längeres Arbeiten verbessern.



## 4. Freiwilliges Engagement und Partizipation

Das freiwillige und ehrenamtliche Engagement älterer Menschen ist für die Gesellschaft unverzichtbar. Mit der Übernahme von Verantwortung tragen die älteren Generationen aktiv zu einem guten Leben in der Stadt und auf dem Land bei. Aus Sicht der BAGSO bedarf es auch bundespolitischer Maßnahmen, um das Engagement und die Partizipation Älterer zu unterstützen und zu befördern.

### Frage an die Parteien

- Gesellschaftliche Teilhabe muss auch Älteren ermöglicht werden, die aufgrund von Armut, gesundheitlichen Einschränkungen, Migrationserfahrung oder sozialer Isolation benachteiligt sind. Wie wollen Sie Menschen in benachteiligten Lebenslagen Zugang zu Engagement und Partizipation ermöglichen?

### Kurzgefasste Antworten der Parteien

Die **SPD** will Bedingungen für die Befähigung von Menschen schaffen, denen Ressourcen für eine Beteiligung am politischen Prozess fehlen. Ein Förderprogramm des Bundes für

Volkshochschulen soll das Recht auf digitale Bildung und Weiterbildung für alle Generationen stärken.

Die **FDP** möchte „das Ehrenamt stärken, entbürokratisieren und digitalisieren“, um einen besseren Zugang zu Engagement und Partizipation von benachteiligten Älteren zu ermöglichen. Zusätzliche Maßnahmen sollen sich an Seniorinnen und Senioren mit Migrationserfahrung richten.

**DIE LINKE** strebt ein eigenständiges (Bundes-)TeilhabeGesetz für ältere Menschen an, das den Rechtsanspruch auf volle soziale Teilhabe (z. B. Anspruch auf barrierefreies Wohnen und wohnortnahe Gesundheitsversorgung im Alter) festschreibt. Die Rechte der Seniorenvertretungen sollen ausgebaut und bundeseinheitlich gestärkt werden.

**Bündnis 90/Die Grünen** will mit einem Programm den WHO-Ansatz für „Altersfreundliche Städte und Gemeinden“ fördern, bei dem Ansprechstellen und Gemeindezentren über altersgerechtes Wohnen, Weiterbildungsangebote, Pflege und soziale Sicherung sowie Möglichkeiten, sich im Dorf oder im Stadtteil zu engagieren, informieren.



**LINKE** und **Bündnis 90/Die Grünen** verweisen auf ihre Rentenkonzepte als Beitrag, um finanzielle Hürden für Engagement und Partizipation abzubauen.

### Frage an die Parteien

- Eine Engagement unterstützende Infrastruktur muss über hauptamtlich besetzte Anlaufstellen nachhaltig aufgebaut und gesichert werden – flächendeckend, wohnortnah und verlässlich. Welche bundespolitischen Maßnahmen plant Ihre Partei, um entsprechende Strukturen zu befördern?

### Kurzgefasste Antworten der Parteien

Die **SPD** sieht vor, erfolgreiche Strukturen wie den Bundesfreiwilligendienst, die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt sowie das Patenschaftsprogramm „Menschen stärken Menschen“ zu verstetigen und auszubauen.

Die **FDP** setzt darauf, den Zugang zu neuen digitalen Lösungen für Vereine zu vereinfachen sowie auf mehr Barrierefreiheit.

**DIE LINKE** möchte die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt stärker auf die Förderung bestehender Engagementstrukturen ausrichten.

**Bündnis 90/Die Grünen** beabsichtigt, die Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ im Grundgesetz einzuführen.

### Frage an die Parteien

- Die BAGSO als Dachverband der Seniorenorganisationen bestärkt Menschen aller Generationen darin, sich zu engagieren und sich am Austausch der Generationen zu beteiligen. Was plant Ihre Partei, um den Dialog der Generationen und das generationsübergreifende Engagement bundesweit zu befördern?

### Kurzgefasste Antworten der Parteien

Die **SPD** konzentriert sich auf Fortführung und Ausbau des Bundesprogramms „Mehrgenerationenhaus“.

Die **FDP** will Orte des generationsübergreifenden Austauschs und des Zusammenkommens ausbauen und intergenerationelle Wohnkonzepte fördern.

**DIE LINKE** befürwortet generationsübergreifende Projekte.

**Bündnis 90/Die Grünen** will sich für ein „Bundesprogramm lebenswerte und inklusive Quartiere für alle Generationen“ einsetzen.



## 5. Gesundheit

Gesund älter zu werden ist das Ziel aller Menschen. Dazu braucht es neben Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention auch einer bedarfsgerechten medizinischen und pflegerischen Versorgung.

### Frage an die Parteien

- Will Ihre Partei die ambulante und zugehende, mobile Rehabilitation stärken und wenn ja, wie?

### Kurzgefasste Antworten der Parteien

Die **CDU/CSU** verweist auf das Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz. Der Zugang zur medizinischen Rehabilitation sei damit verbessert worden.

Die **SPD** betont die Bedeutung von aufsuchenden Formen medizinischer und auch rehabilitativer Maßnahmen. Für einen Ausbau mobiler Angebote sollen Rahmenbedingungen für die Beschäftigten verbessert werden (moderne Ausbildung, aufwandadäquate Entlohnung und gute technische bzw. digitale Ausstattung).

Die **FDP** fordert die Stärkung von Angeboten der mobilen geriatrischen Rehabilitation.

**DIE LINKE** will ambulante geriatrische Reha-Angebote vor allem in ländlichen Regionen schneller ausbauen. Tagespflegeeinrichtungen oder regionale Gesundheitszentren können wohnortnah spezielle Angebote bereitstellen und Stützpunkte für mobile Reha-Teams werden.

**Bündnis 90/Die Grünen** unterstützt eine Stärkung der Rehabilitation durch mehr ambulante und mobile Angebote. Dazu soll der Aufbau eines flächendeckenden Netzes an Einrichtungen für die ambulante und mobile geriatrische Rehabilitation unter Berücksichtigung des wachsenden Bedarfs gefördert werden.

## Frage an die Parteien

■ Im letzten Koalitionsvertrag wurde die bundesweite Einführung des präventiven Hausbesuches angekündigt, um frühzeitig Pflegebedürftigkeit zu vermeiden. Wird Ihre Partei den präventiven Hausbesuch als Angebot für Seniorinnen und Senioren bundesweit einführen und wenn ja, wie wird er ausgestaltet?

## Kurzgefasste Antworten der Parteien

Für die bundesweite Einführung des präventiven Hausbesuchs sprechen sich alle Parteien aus. Die **CDU/CSU** unterstützt den Vorschlag, niedrighschwellige Angebote für Menschen etwa ab einem bestimmten Alter bundesweit auszubauen. Sie verweist darauf, dass die Krankenkassen die Kommunen schon heute bei der Durchführung präventiver Hausbesuche im Rahmen ihres Auftrags zur Gesundheitsförderung und Prävention unterstützen.

Die **SPD** will sich für die schnelle Umsetzung des Vorschlags engagieren, zur Unterstützung Betroffener vor Ort kommunale Pflegelotsen für präventive Hausbesuche und eine aufsuchende Beratung einzusetzen.

Die **FDP** äußert, dass Kommunen bei der Schaffung dieser Angebote von den geeigneten politischen Ebenen unterstützt werden sollen.

**DIE LINKE** unterstützt präventive Hausbesuche als freiwillig nutzbares Angebot auf Basis wissenschaftlich begründeter, bundes einheitlicher Standards (Beratungsleistun-

gen aus einer Hand, feste Ansprechpersonen mit Kompetenzen, Einleitung auch praktischer Unterstützung). Pflegestützpunkte und Sozialverbände könnten eine vermittelnde Plattform darstellen.

**Bündnis 90/Die Grünen** unterstützt präventive Hausbesuche, wobei hohe Qualität hinsichtlich Qualifikation und Kompetenzen der Fachkräfte gesichert werden soll.

## Frage an die Parteien

■ Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um Kommunen in der Gestaltung gesundheitsförderlicher Verhältnisse zu unterstützen?

## Kurzgefasste Antworten der Parteien

Die **CDU/CSU** will die Länder und Kommunen darin unterstützen, quartiersbezogene und sektorenübergreifende Versorgungskonzepte umzusetzen. Dies soll durch die Unterstützung der Digitalisierung in den unteren Gesundheitsbehörden, Telemedizin und den Einsatz von Gemeindeschwestern ergänzend zur klassischen Hausarztversorgung geschehen.

Die **SPD** verweist auf das Präventionsgesetz von 2015, mit dem Strukturen in den Kommunen finanziell gefördert werden können. Wichtig seien Anreize für die Zusammenarbeit der Akteure auf kommunaler und Landesebene. Beispielhaft wird auf das Bundesprogramm "IN FORM" für ältere Menschen hingewiesen.



Die **FDP** will das Präventionsgesetz reformieren. Sie unterstützt die Stärkung der Handlungsfähigkeit und Selbstverwaltung der Kommunen und will dazu ein „echtes Konnexitätsprinzip im Grundgesetz“ verankern.

**DIE LINKE** fordert einen Fonds, in den Bund, Länder, Kommunen und Krankenkassen einzahlen – vor Ort soll entschieden werden, wie gesundheitsförderliche Lebensbedingungen erreicht werden können.

Auch **Bündnis 90/Die Grünen** will Kommunen mehr Möglichkeiten geben, Angebote für Prävention und Pflege „vor Ort zu planen, zu steuern und zu gestalten“.



## 6. Pflege

Die Corona-Pandemie hat die bereits seit Jahren bestehenden Probleme in der Pflege deutlich sichtbar gemacht. Es zeigte sich, dass eine grundlegende Reform der derzeitigen Pflegestrukturen dringend erforderlich ist.

### Frage an die Parteien

- Was wird Ihre Partei unternehmen, um die Pflegeversicherung weiterzuentwickeln und eine flexible Nutzung von Verhinderungspflege und Kurzzeitpflege zu ermöglichen?

### Kurzgefasste Antworten der Parteien

Private und betriebliche Pflegezusatzversicherungen sorgen nach Auffassung von **CDU/CSU** ergänzend zur Pflegeversicherung dafür, das Pflegerisiko wirksam absichern zu können. Um steigenden Beiträgen entgegenzuwirken, soll der Pflegevorsorgefonds bis 2050 verlängert werden. Die Leistungen für Kurzzeit- und Verhinderungspflege sowie Betreuungsleistungen sollen zu einem Budget zusammengefasst werden.

Die **SPD** setzt sich für einen weiteren Ausbau von ambulanten und teilstationären Angeboten ein. Entlastungsleistungen (Kurzzeit-, Verhinderungspflege, Unterstützung im Alltag) sollen in einem Entlastungsbudget zusammengefasst werden, um sie entsprechend den Bedürfnissen flexibel nutzen zu können.

Die **FDP** will den Charakter der Pflegeversicherung als Teilleistung beibehalten und ein Drei-Säulen-Modell aus sozialer Pflegeversicherung, privater und betrieblicher Vorsorge einführen. Angebote für Kurzzeit- und Verhinderungspflege sollen ausgebaut, zusammengeführt und entbürokratisiert werden.

**DIE LINKE** plädiert für eine „solidarisch finanzierte Pflegevollversicherung“, die alle pflegerischen Leistungen abdeckt, so dass keine Eigenanteile mehr zu zahlen sind. Soziale und Private Pflegeversicherung sollen zusammengeführt werden, finanziert durch Beiträge aller dauerhaft in Deutschland lebenden Bürgerinnen und Bürger (auch aus Kapitaleinkünften). Daraus wäre dann auch ein Entlastungsbudget zu finanzieren.



**Bündnis 90/Die Grünen** will die Eigenanteile senken und dauerhaft deckeln. Die Pflegeversicherung soll alle darüber hinausgehenden Kosten für (ambulante wie stationäre) Pflege tragen. Über eine „solidarische Pflege-Bürger\*innenversicherung“ sollen sich alle mit einkommensabhängigen Beiträgen an der Finanzierung der Pflege beteiligen. Rechtliche Rahmenbedingungen für Quartierspflege sollen geschaffen und den Kommunen eine verbindliche Pflegebedarfsplanung ermöglicht werden, um Pflegeangebote vor Ort zu gestalten. Ein Bundesprogramm soll eine Anschubfinanzierung für Kommunen bereitstellen.

### Frage an die Parteien

- Welche Gesetzesinitiativen planen Sie zur Verbesserung der Situation in der 24-Stunden-Betreuung?

### Kurzgefasste Antworten der Parteien

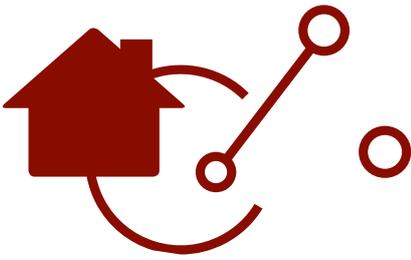
**CDU/CSU** wollen – unter Berücksichtigung des Urteils des Bundesarbeitsgerichts zum Mindestlohn für ausländische Pflegekräfte vom Juni 2021 – prüfen, unter welchen Bedingungen es möglich sein kann, den Anspruch auf Umwandlung des Pflegesachleistungsbetrags zu nutzen.

Die **SPD** beabsichtigt, 24-Stunden-Pflege und -Betreuung durch Kostenübernahme für die häusliche Pflege in einer solidarischen Pflegevollversicherung sowie durch Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen zu sichern. Gesetzliche Regelungen sollen die Rechtssicherheit erhöhen sowie die Vermittlungspraxis aus dem Ausland regulieren.

Die **FDP** beabsichtigt Möglichkeiten zu prüfen, um die Beschäftigungsverhältnisse für die Betreuungskräfte, Pflegebedürftigen und pflegenden Angehörigen rechtssicher zu machen.

**DIE LINKE** will die Rechte aller Beschäftigten in Privathaushalten stärken, Pflegeunterstützung in der eigenen Häuslichkeit auf Grundlage des geltenden Arbeitsrechts regeln und über zertifizierte Agenturen, gemeinwohlorientierte oder kommunale Träger organisieren. Beschäftigten in Privathaushalten ohne Arbeits- und Aufenthaltsrecht soll eine Legalisierung ermöglicht werden.

**Bündnis 90/Die Grünen** will einen gesetzlichen Rahmen entwickeln, der Rechte und Pflichten für beide Seiten (Pflegehaushalt und Carebeschäftigte) definiert.



## 7. Wohnen und Wohnumfeld

Die große Mehrheit älterer Menschen möchte möglichst lange zu Hause und in der vertrauten Umgebung wohnen bleiben. Um diesen Wunsch Wirklichkeit werden zu lassen, braucht es mehr altengerechte und barrierefreie Wohnungen sowie inklusive Quartiere, eine gut erreichbare Nahversorgung und unterstützende Nachbarschaften.

### Frage an die Parteien

- Welche Maßnahmen will Ihre Partei – auch in den Bereichen sozialer Wohnungsbau, selbst genutztes Wohneigentum und genossenschaftliches Wohnen – umsetzen, um bezahlbares Wohnen, insbesondere auch für ältere Menschen, zu fördern?

### Kurzgefasste Antworten der Parteien

Für mehr bezahlbaren Wohnraum will die **CDU/CSU** sozialen Wohnungsbau weiter fördern, befristete Abschreibungsmöglichkeiten für Mietwohnungsbau verlängern, Planungs- und Genehmigungsverfahren

beschleunigen sowie die Anzahl der Bauvorschriften verringern. Der Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums soll durch Mietkaufmodelle, Ausweitung des KfW-Wohneigentumsprogramms für Familien und einen Freibetrag bei der Grunderwerbssteuer gefördert werden. Die Unterstützung von Genossenschaftsmodellen soll geprüft und das Wohngeld ab 2022 regelmäßig angepasst werden.

Die **SPD** will zur Entlastung des Wohnungsmarktes eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit einführen. Besonders Familien mit Kindern sollen beim Erwerb von Wohneigentum durch Verstärkung der KfW-Programme, Senkung der Kaufnebenkosten, Mietkaufmodelle sowie ein Programm „Jung-Kauft-Alt“ zum Erwerb von Bestandsimmobilien unterstützt werden. Das Programm „Förderung des Kaufs von Genossenschaftsanteilen“ soll die Eigentumsbildung erleichtern.

Die **FDP** will Bauen durch die Einführung eines Baukosten-TÜV, der Baukosten auf ihre Rechtmäßigkeit prüft, beschleunigte Genehmigungsverfahren, Vereinheitlichung der Landesbauverordnungen, flexiblere Bau-



ordnungen günstiger und schneller machen. Durch Bereitstellung bundeseigener Grundstücke und Liegenschaften soll mehr Bauland zur Verfügung stehen. Zahlungsschwachen Wohnungssuchenden soll der Zugang zum freien Wohnungsmarkt mithilfe des Wohngeldes erleichtert werden. Natürliche Personen sollen beim Kauf von selbstgenutztem Wohnungseigentum durch den Freibetrag von bis zu 500.000 Euro bei der Grundsteuer entlastet werden.

**DIE LINKE** will ein öffentliches Wohnungsbauprogramm mit jährlich zehn Milliarden Euro für den sozialen, gemeinnützigen sowie den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau und somit insbesondere Familien sowie Rentnerinnen und Rentnern ein bezahlbares Zuhause bieten. Eigenbedarfskündigungen gegenüber Mieterinnen und Mietern mit Behinderungen, chronischen Erkrankungen und Pflegebedarf sowie für Menschen ab 70 Jahren sollen verboten werden.

**Bündnis 90/Die Grünen** wollen mit einem Förderprogramm „Neue Wohngemeinnützigkeit“ eine Million zusätzliche günstige Mietwohnungen errichten, selbstgenutztes Wohneigentum fördern, Genossenschaften stärken und den Erwerb von Genossenschaftsanteilen fördern.

### Frage an die Parteien

■ Wie wird Ihre Partei eine bezahlbare, barrierefrei zugängliche Mobilität sicherstellen, insbesondere auch in dünn besiedelten Regionen und strukturschwachen Gebieten?

### Kurzgefasste Antworten der Parteien

Für bezahlbare, barrierefrei zugängliche Mobilität, auch in ländlichen bzw. strukturschwachen Gebieten plant die **CDU/CSU** einen „flächendeckenden Mindeststandard“, um allen Menschen einen gleichwertigen, barrierearmen und einfachen Zugang zum ÖPNV zu gewähren.

Die **SPD** will, dass Verkehrsmittel und Infrastruktur flächendeckend und vollumfänglich barrierefrei werden. Die Verpflichtung, den ÖPNV bis zum 1. Januar 2022 barrierefrei zu gestalten, ist in das Personenbeförderungsgesetz mit aufgenommen. Mit dem Tausend-Bahnhöfe-Programm werden weiterhin kleinere und mittlere Bahnhöfe barrierefrei umgerüstet.

Die **FDP** fordert, dass ab dem Jahr 2026 keine Ausnahmen von der vollständigen Barrierefreiheit in den Nahverkehrsplänen der Länder mehr zulässig sein sollen sowie eine Berichtspflicht zum Stand der Umsetzung durch die Länder an den Bund eingeführt wird. Mobilität muss gerade im ländlichen Raum und strukturschwachen Regionen digitaler werden. Mobilitätsplattformen, die über alle Verkehrsträger hinweg die schnellsten und günstigsten Tür-zu-Tür-Verbindungen herausuchen, sind ein Baustein einer barrierefreien Versorgung.

**DIE LINKE** will in städtischen Randbereichen und auf dem Land den öffentlichen Linienbedarfsverkehr etablieren.

**Bündnis 90/Die Grünen** will gemeinsam mit den Bundesländern eine Mobilitätsgarantie einführen, damit Orte auf dem Land besser



erreichbar werden. Zur Finanzierung soll eine ÖPNV-Umlage dienen. Investitionsmittel für Schienennetz und Bahnstationsmodernisierung sollen erhöht und Projekte für mehr Barrierefreiheit gefördert werden.

### Frage an die Parteien

- Wird Ihre Partei dafür sorgen, dass auch Dienstleister wie Ärztinnen und Ärzte, Apotheken, Banken, Einzelhandel barrierefreie Zugänge schaffen müssen?

### Kurzgefasste Antworten der Parteien

Barrierefreie Zugänge zu Dienstleistern will die **CDU/CSU** mit geeigneten Förderprogrammen ausbauen. Zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, Art. 25, soll der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) den gleichberechtigten Zugang für Menschen mit Behinderung zum Gesundheitswesen regeln.

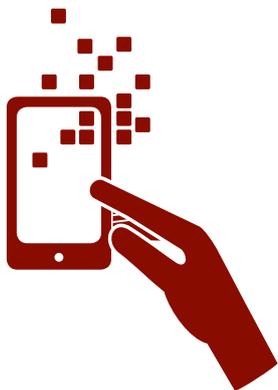
Die **SPD** verweist auf die hohen Spielräume, die Kommunen sowohl durch das bestehende KfW-Förderprogramm als auch durch den neuen sektoralen Bebauungsplan in unbeplanten Innenstadtbereichen im Hinblick

auf die alters- und familiengerechte Gestaltung eröffnet werden.

Die **FDP** hat in ihrem Bundestagsantrag „UN-Behindertenrechtskonvention erlebbar machen – Der Staat als Vorbild bei vollumfassender Barrierefreiheit“ gefordert, in § 8 Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) eine verbindliche Frist zur Herstellung der Barrierefreiheit von in Bundeseigentum befindlichen Bestandsbauten einzuführen.

**DIE LINKE** möchte verbindliche Regelungen in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und in das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) sowie in alle ebenfalls betroffenen Gesetze aufnehmen, mit denen private Anbieter von Gütern und Dienstleistungen zur Herstellung von Barrierefreiheit verpflichtet werden. Außerdem soll ein entsprechendes Verbandsklagerecht eingeführt werden.

**Bündnis 90/Die Grünen** will mit einem Barrierefreiheitsgesetz Anbieter von Waren und Dienstleistungen verpflichten, innerhalb eines realistischen Zeitraums Barrieren abzubauen bzw. bis dahin andere „angemessene Vorkehrungen“ (z. B. mobile Rampen, Bringdienste) bereit zu stellen.



## 8. Digitalisierung

Unter dem Einfluss der Digitalisierung verändern sich die Rahmenbedingungen für das Leben und die gesellschaftliche Teilhabe Älterer. Der größte Teil derer, die noch nicht über Kompetenzen zur Nutzung digitaler Angebote und Anforderungen verfügen, ist älter als 60 Jahre. Damit niemand zurückbleibt, muss dem Erwerb dieser Kompetenzen das größte Augenmerk gelten.

### Frage an die Parteien

- Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass die digitale Grundversorgung mit Netzausbau, WLAN im öffentlichen Raum und einer Verankerung von sozialrechtlichen digitalen Hilfen im SGB XII Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in ganz Deutschland wird und wie wird das umgesetzt?

### Kurzgefasste Antworten der Parteien

Die **SPD** möchte die Versorgung aller Haushalte und Unternehmen mit einer Bandbreite von mindestens einem Gigabit pro Sekunde garantieren. Die Kosten für die digitalen Leistungen seien in den Regelsätzen der Grundsicherung berücksichtigt, sollen

aber im Dialog mit den Betroffenen und den Verbänden angepasst werden, um eine umfassende digitale Teilhabe zu ermöglichen.

Für die **FDP** ist es ein Kernanliegen, den Breitbandausbau schnellstmöglich und flächendeckend voranzutreiben. Mit dem Konzept der Gigabit-Gutscheine wird ein Teil der Kosten für Privathaushalt und kleine und mittlere Unternehmen erstattet, die bei der Umstellung auf Gigabit entstehen.

**DIE LINKE** will für jeden Haushalt ein Anrecht auf einen bezahlbaren, schnellen Breitband-Anschluss. Die von ihr geforderte Mindestsicherung und Mindestrente von 1.200 Euro monatlich soll für Bezieherinnen und Bezieher von Grundsicherung nach SGB II, SGB XII und Sozialhilfe Spielräume für die Anschaffung von IT-Geräten ermöglichen. Ferner soll das öffentliche WLAN-Netz ausgebaut werden.

Für **Bündnis 90/Die Grünen** gehört schnelles Internet zur Daseinsvorsorge – dafür sollen alle Bürgerinnen und Bürger einen Rechtsanspruch auf einen schnellen Internetzugang bekommen. Die Sozialtarife sollen beibehalten werden.



## Frage an die Parteien

- Wie werden Sie sicherstellen, dass für Personen, die keinen Zugang zu digitaler Kommunikation haben, analoge Zugangsmöglichkeiten erhalten bleiben?

## Kurzgefasste Antworten der Parteien

Im Sinne eines modernen, bürgernahen Staates will die **SPD**, dass seine Dienstleistungen einfach und digital zugänglich sind. Anspruchsberechtigte sollen Leistungen – wenn möglich – automatisch, ohne (digitalen oder analogen) Antrag erhalten. Parallel dazu bestehende analoge Zugangsmöglichkeiten sollen mit Blick auf Personen, die keinen Zugang zu digitaler Kommunikation haben, künftig weiter erhalten bleiben. Eine Abschaffung sei nicht geplant.

Die **FDP** betont den Grundsatz, dass öffentliche Leistungen und die Frage, wer anspruchsberechtigt ist, sich immer am Men-

schen orientieren muss und nicht daran, über welche technische Ausstattung jemand verfügt. Dazu verweist sie auf das Grundgesetz und den Grundsatz der Gleichbehandlung. Im Sinne größtmöglicher Barrierefreiheit und Selbstbestimmung im Alltag setzt sie sich darüber hinaus auch für den Erhalt des Bargeldes ein.

**DIE LINKE** betont, dass niemand ausgeschlossen werden dürfe, weil bestimmte technische Voraussetzungen nicht vorhanden sind oder weil Menschen sie nicht nutzen wollen. Sie fordert, dass es immer auch analoge Zugänge geben müsse.

**Bündnis 90/Die Grünen** unterstreicht, dass Digitalisierung Teilhabe verbessern könne, aber keine Voraussetzung dafür sein dürfe.

Die Erhaltung analoger Zugangsmöglichkeiten zu sozialen oder sonstigen Dienstleistungen wird in den Antworten aller Parteien befürwortet.



## Die BAGSO – Stimme der Älteren

Die BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen vertritt die Interessen der älteren Generationen in Deutschland. Sie setzt sich für ein aktives, selbstbestimmtes und möglichst gesundes Älterwerden in sozialer Sicherheit ein. In der BAGSO sind rund 120 Vereine und Verbände der Zivilgesellschaft zusammengeschlossen, die von älteren Menschen getragen werden oder die sich für die Belange Älterer engagieren.

Die BAGSO fördert ein differenziertes Bild vom Alter, das die vielfältigen Chancen eines längeren Lebens ebenso einschließt wie

Zeiten der Verletzlichkeit und Hilfe- bzw. Pflegebedürftigkeit. Gegenüber Politik, Gesellschaft und Wirtschaft tritt sie für Rahmenbedingungen ein, die ein gutes und würdevolles Leben im Alter ermöglichen – in Deutschland, in Europa und weltweit.

In Positionspapieren und Stellungnahmen gibt die BAGSO Anstöße und Empfehlungen für politisches Handeln in Bund, Ländern und Kommunen. Die BAGSO veröffentlicht eine Vielzahl von Publikationen zu unterschiedlichen Themen, die kostenfrei zu bestellen sind oder auf der BAGSO-Internetseite heruntergeladen werden können.

### Herausgeber

**BAGSO**  
**Bundesarbeitsgemeinschaft**  
**der Seniorenorganisationen e.V.**

Noeggerathstr. 49  
53111 Bonn  
Telefon 0228 / 24 99 93-0  
Fax 0228 / 24 99 93-20  
kontakt@bagso.de

[www.bagso.de](http://www.bagso.de)  
[facebook.com/bagso.de](https://facebook.com/bagso.de)  
[twitter.com/bagso\\_de](https://twitter.com/bagso_de)

